



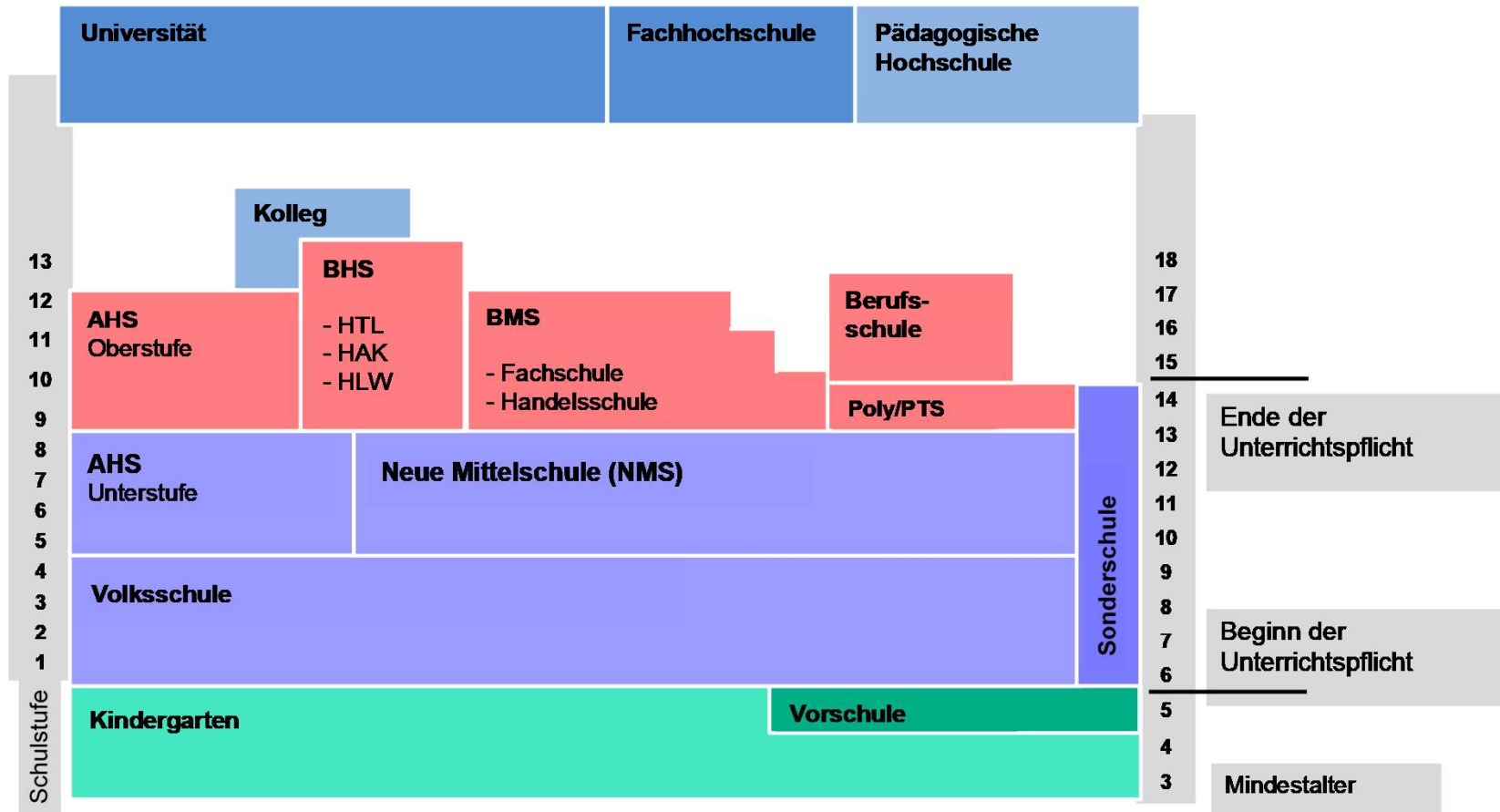
# Schulbau in Oberösterreich

X. EURORAI-Kongress 16. bis 18. Oktober 2019



- Schulsystem in Österreich steht seit vielen Jahren in der KRITIK
  - Kernproblem ist die Kompetenzzersplitterung
  - Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung fallen (vor allem bei den Pflichtschulen) auseinander
    - daher fehlt eine einheitlich geführte und wirkungsvolle Ressourcen- und Ausgabensteuerung
    - Effektive Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung sind aufgrund der zersplitterten Kompetenzlage nicht möglich
- Schule und deren Weiterentwicklung sind nicht zuletzt auch ein regelmäßig wiederkehrendes ideologisch besetztes Thema
  - Folge daraus ist eine (Bildungs-)Politik der kleinen Schritte

# Bildungssystem in Österreich



**AHS** = Allgemein bildende höhere Schule oder auch Gymnasium  
**BHS** = Berufsbildende höhere Schule  
**BMS** = Berufsbildende mittlere Schule  
**Poly/PTS** = Polytechnische Schule

## Allgemein bildende Pflichtschulen

### Bund

- Grundsatzgesetzgebung
- Schulaufsicht
- Finanzierung Lehrkräfte
- gewährt Förderungen und Zuschüsse (z.B. Einrichtung der Nachmittagsbetreuung)
- Vorgabe Schulpläne

### Land

- Ausführungsgesetzgebung
- Diensthoheit über Lehrkräfte
- Festlegung Schulsprengel
- Rechtliche und wirtschaftliche Aufsicht über Gemeinden
- behördliche Aufgaben
- **gewährt Förderungen**

### Gemeinde

- gesetzlicher Schulerhalter
- Dienstgeber für sonstiges Personal
- **stellt Infrastruktur (Schulgebäude und Lehrmittel) zur Verfügung → Neu-, Zu- und Umbau**



- Alle drei Gebietskörperschaften
  - Hohe Ausbildungsqualität
- Bund
  - Bund zahlt die Lehrkräfte: Effizientes Schulsystem mit kostenoptimalen Einheiten (Schulen)
- Land
  - Wesentlicher Finanzierer (Förderer) der Investitionen: möglichst kostengünstige Bauvorhaben
- Gemeinde
  - Standortsicherung, Image der Schule



## Allgemein bildende öffentliche Pflichtschulen in Oberösterreich:

Schuljahr	2007/08	2012/13	2017/18
Schüler/innen	öffentlich		
Volksschule	59.679	56.306	57.953
Hauptschulen / Neue Mittelschulen	46.890	38.338	36.521
Polytechnische Schulen	4.672	3.489	2.879
Sonderschulen	4.848	5.114	5.568
<b>Summe der Schüler/innen</b>	<b>116.089</b>	<b>103.247</b>	<b>102.921</b>

Klassen	öffentlich		
Volksschulen	3.159	3.235	3.299
Hauptschulen / Neue Mittelschulen	2.197	2.070	1.977
Polytechnische Schulen	218	179	151
Sonderschulen	271	272	210
<b>Summe der Klassen</b>	<b>5.845</b>	<b>5.756</b>	<b>5.637</b>

Standorte	öffentlich		
Volksschulen	560	541	523
Hauptschulen / Neue Mittelschulen	229	224	212
Polytechnische Schulen	57	52	49
Sonderschulen	37	35	36
<b>Summe der Standorte</b>	<b>883</b>	<b>852</b>	<b>820</b>

# Faktoren, die auf Schulbau wirken

- Demografische Entwicklung
  - Siedlungsdruck auf die Ballungsräume, Ausdünnung der Peripherie
- Steigende Konkurrenz zwischen
  - AHS-Unterstufe und Neuer Mittelschule (NMS)
  - Neuen Mittelschulen untereinander
- Pädagogische und schulorganisatorische Entwicklungen
  - Aufweichung Schulsprenkel
  - Ganztagschulen (GTS)
  - Unterrichtsmethoden im Wandel
  - Klassengrößen
  - Schulcluster
- Gesellschaftliche Veränderungen bringen neue Aufgaben
  - geändertes Familienbild
  - Nachmittagsbetreuung



Für Land und Gemeinden bedeutet dies, dass sie bei ihren Entscheidungen all diese Herausforderungen berücksichtigen sollten

- Jede Entscheidung über Neubau oder (General-) Sanierung ist eine solche für zumindest 25 Jahre
- Daher ist es umso wichtiger, die Entwicklung der Schulstandorte zu koordinieren und gezielt zu steuern
- Diese Aufgabe liegt bei der Gebietskörperschaft Land
- Steuerungsinstrumente des Landes
  - Finanzielle Anreize über Investitionsförderungen (Oö. Schulbau-Finanzierungsprogramm)
  - Land gibt als Gesetzgeber den gesetzlichen Rahmen für den Schulbau vor
  - Landesbehörden erteilen auf dieser gesetzlichen Grundlage behördliche Bewilligungen

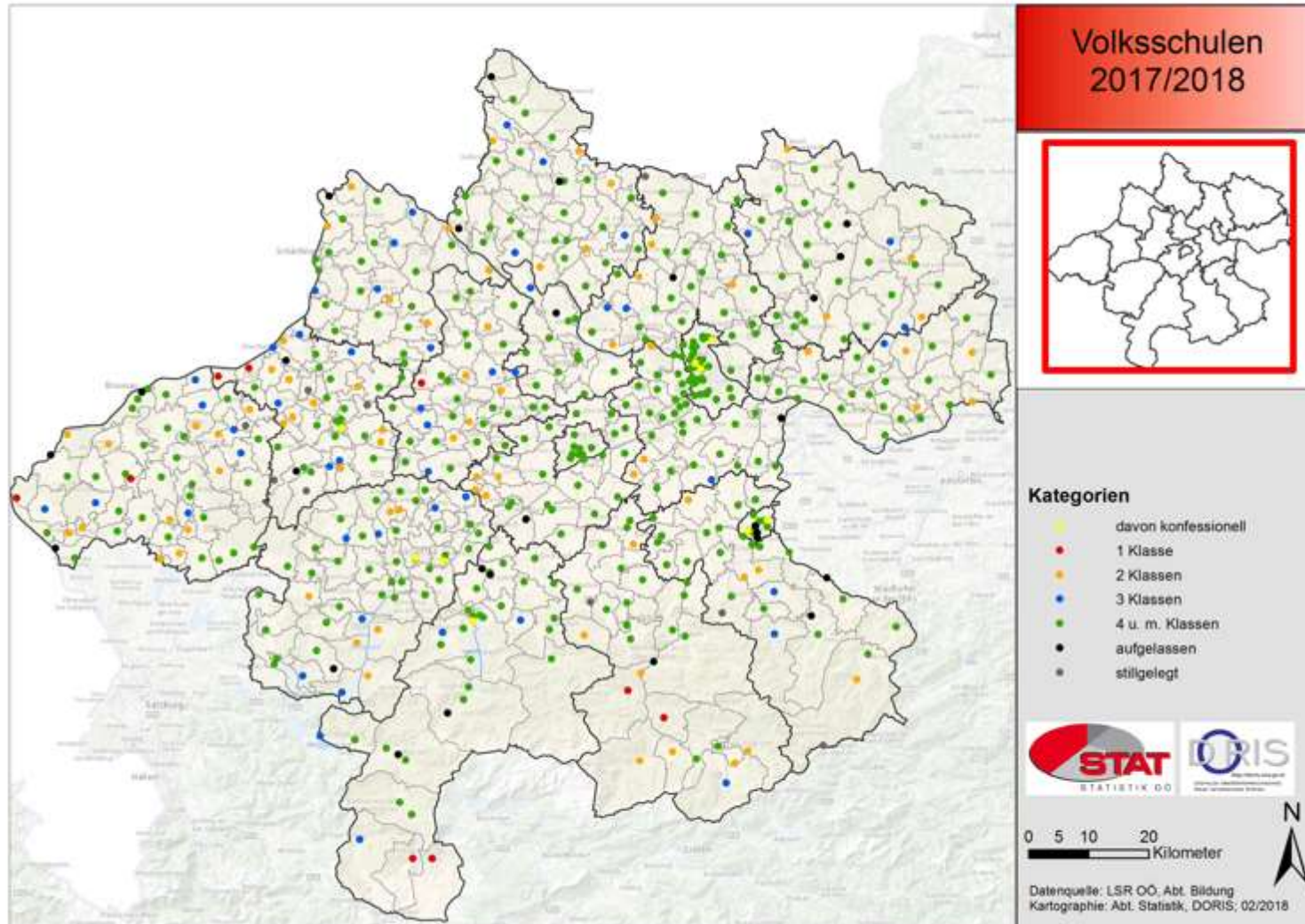




## Grenzen der Steuerung

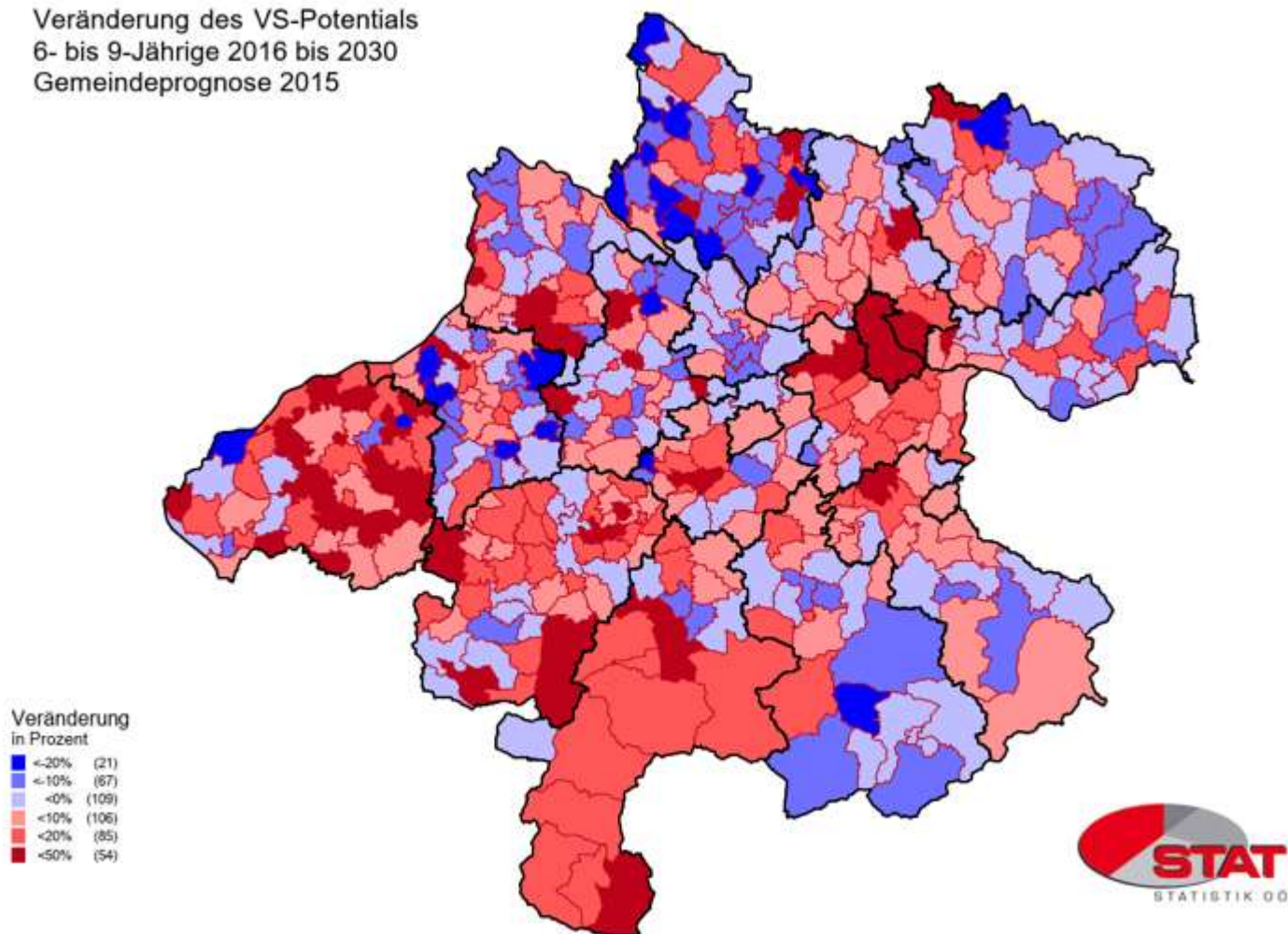
- Entscheidung über Standortschließungen oder Standortverlegungen trifft der Schulerhalter, also die Gemeinde
- Daher sind Maßnahmen zur Steuerung der Gesamtschulstruktur in der Regel nur im Einvernehmen mit den Gemeinden möglich
  
- Was wurde bereits gemacht?
  - seit 2010 lag ein Schwerpunkt bei Kleinschulen und Doppelstandorten
    - 70 Pflichtschulstandorte wurden aufgelassen
    - 15 Standorte wurden stillgelegt

# Schulstandorte - Volksschulen



# Schülerzahlen - Volksschulen

Veränderung des VS-Potentials  
6- bis 9-Jährige 2016 bis 2030  
Gemeindeprognose 2015



Herausforderungen für künftige Standortoptimierungen:

- Regionen, in denen bereits jetzt viele Kleinschulen existieren, haben mit weiterem Rückgang der Schülerzahlen zu rechnen
- Regionen mit vielen Kleinschulen, die zukünftig mit Anstieg der Schülerzahlen zu rechnen haben
- Regionen mit stark wachsenden Schülerzahlen, deren Standorte bereits ihre Kapazitätsgrenzen erreicht haben
- **Daher Empfehlung:**
- Land OÖ sollte auf Basis der regionalen Gegebenheiten umfassendes Schulstandortkonzept entwickeln und klären, wie Struktur erreicht werden soll

Derzeit ist das Land erst am Beginn:

- **Pilotregion** wurde definiert.
- In einer **ersten Phase findet** eine Standortanalyse statt: Es erfolgt eine Bewertung des Standortes nach regionalwirtschaftlichen Gesichtspunkten
  - Allgemeine Standortentwicklung
  - Beurteilung des Einzugsgebietes
  - Erreichbarkeit des Standortes
- Es folgt in der **zweiten Stufe** die konkrete Bewertung der einzelnen Schulen bzw. der Schulstandorte
  - Entwicklung Schülerzahlen
  - Definition möglicher Zielschulen
  - Qualität des Schulgebäudes
  - Anstehende schulorganisatorische Veränderungen

## Oö. Schulbau-Finanzierungsprogramm

- 316 Projekte Ende 2017 im Oö. Schulbau-Finanzierungsprogramm erfasst; zusätzlich für 159 mit einem geschätzten Gesamtinvestitionsvolumen von mehr als 300 Mio. Euro beim Land Fördermittelbedarf angemeldet
- Geschätztes Gesamtinvestitionsvolumen rd. 620 Mio. Euro
  - 140 Projekte baulich bereits umgesetzt
  - In den nächsten Jahren aber noch Förderraten offen
- Für die im Oö. Schulbau-Finanzierungsprogramm zusammengefassten Investitionsprojekte der Gemeinden steuerte Land OÖ durchschnittlich 44,4 Mio. Euro (20,6 Mio. Euro an Landeszuschüssen und 23,8 Mio. an Bedarfszuweisungen) pro Jahr als Förderungsmittel bei

## Oö. Schulbau-Finanzierungsprogramm

- Bis zur Umstellung des Förderungssystems für Gemeinden vor rund 1,5 Jahren gewährte das Land den Gemeinden teils exorbitant hohe Förderungen, die bis zu 90 Prozent der Bemessungsgrundlage (anerkannte Gesamtinvestitionsausgaben) ausmachten
  - für den Landesrechnungshof war nicht nachvollziehbar, wie das Land als Fördergeber auf die jeweiligen konkreten Förderquoten gekommen ist

## Schwächen des Fördersystems

- Viele Probleme durch große Anzahl an Förderungsprojekten und vergleichsweise großzügige Förderung durch Land OÖ in Vergangenheit, z.B.:
  - Langer Zeitraum (+ 10 Jahre) von erstmaliger Antragstellung durch Gemeinde bis Abschluss der Bauarbeiten und Auszahlung der letzten Förderrate
    - Um lange Wartezeit bis zur Realisierung zu überbrücken, habe Gemeinden oftmals vorfinanziert; die Finanzierungskosten wurden vom Land zum Teil mitgefördert
  - Durch die lange Wartezeit bis zur Projektumsetzung wurden Projektplanungen mehrfach revidiert, Projektumfänge erweitert.
    - Mehrfachbegutachtungen und zusätzliche Behördenverfahren und Projektanträge wurden notwendig
  - Abgerechnete Errichtungskosten zum Teil erheblich über den vom Land festgelegten Kostenrahmen



# Umstellung des Fördersystems

- 2018 wurde die Gemeindeförderung des Landes (und damit auch die Schulbauförderung) auf neue Beine gestellt; Auswirkungen auf den Schulbau:
  - Fördersätze orientieren sich an der Leistungsfähigkeit der Gemeinde, daher objektive und nachvollziehbare Ermittlung
  - Fördersätze sind im Vergleich zu vorher tendenziell geringer
  - Gemeinde muss ihre Investitionsprojekte priorisieren und in dieser Reihenfolge abwickeln; mit der Realisierung eines Projektes darf erst begonnen werden, wenn ausreichend finanzielle Mittel für den eigenen finanziellen Anteil angespart bzw. gesichert wurden
  - Förderzuschläge bei Projekten mehrerer Gemeinden

# Umstellung des Fördersystems

- Land erwartet (erhofft) dadurch folgende Vorteile
  - mehr Transparenz
  - Weniger Nachfrage nach Schulbauförderungen durch Verschiebung der Prioritäten in Richtung anderer Investitionen
  - Impuls in Richtung Standortbereinigung
- Aus Sicht des LRH offen, ob daraus erwartete Steuerungseffekte tatsächlich eintreten

# Konkrete Projekte



- 2 Neubauten, 1 Generalsanierung
- In Kommunen zwischen 4.500 und 5.500 Einwohnern

# Konkrete Projekte



## Konkrete Projekte

- Pädagogische Ausrichtung einer Schule wird grundsätzlich am Schulstandort entwickelt. Die baulichen Überlegungen werden dann darauf abgestimmt.
- In den drei geprüften Projekten wurden dabei unterschiedliche Wege beschritten:
  - Impuls ging vom Planungsteam des siegreichen Wettbewerbsprojektes aus
  - im Rahmen eines Partizipationsverfahrens mit wesentlichen Interessensgruppen wurde ein neues räumlich-pädagogisches Konzept bzw. ein räumlicher Qualitätenkatalog als Grundlage für den nachfolgenden Architekturwettbewerb entwickelt
  - Aus dem laufenden Schulbetrieb wurden für die Generalsanierung Anforderungen entwickelt
- Die gesetzlichen Grundlagen sind bereits mehrere Jahrzehnte alt und nehmen auf solche Entwicklungen nur beschränkt Rücksicht.

# Neue Herausforderungen

- Umsetzung neuartiger pädagogischer Konzepte erfordert – von den geltenden rechtlichen Vorgaben abweichende – räumliche Organisationsmodelle
  - weg vom Konzept des Frontalunterrichts hin zu offenen Lernzonen mit Sitz- und Arbeitsmöglichkeiten ("Marktplätze"), Teamarbeitsräumen ...
- verändern das Raumerfordernis und die -aufteilung
  - daher ist eine flexible Handhabung der gesetzlichen Vorgaben zu den Raumgrößen bzw. zum daraus ableitbaren Flächenkennwerten, die sich noch am Konzept des Frontalunterrichts orientieren

## Konkrete Themen der Förderung

- Notwendigkeit der **Bedarfsprüfung**
- Prüfung sollte sinnvollerweise auf Grundlage des **Schulstandortkonzepts** erfolgen
  - Weg von der standortbezogenen Bedarfsprüfung hin zu einem regionalen Blickwinkel
  - Abstimmung der Interessen des Landes mit jenen der Standortgemeinde
- Erfordernis eines **Raum- und Funktionsprogramms** und einen verbindlichen **Kostenrahmen**
  - dabei sollten auch die pädagogischen Anforderungen bereits feststehen

- Schule ist ein hochpolitisches Thema. Dies merkt man in der verhaltenen Dynamik bei der Weiterentwicklung.
- Die eingangs dargestellte "Systemkritik", insb. die Kompetenzzersplitterung, zeigt sich auch im Pflichtschulbau. Viele Entscheidungen können unter den derzeitigen Rahmenbedingungen nur im Einvernehmen getroffen werden, was eine Gesamtsteuerung des Systems erschwert.
- Das Land verfügt zwar bei der konkreten Abwicklung eines Schulbauprojektes über klar definierte Prozesse (Förderung und behördliche Bewilligung), übergeordnete strategische Gesamtplanungen in Form eines Standortkonzeptes gibt es bislang aber nicht.
- In der Standortfrage bei Pflichtschulen sollte der regionale Planungsfokus verstärkt werden, auch ist auf pädagogisch und ökonomisch optimierte Schulgrößen (insb. Schülerzahlen) zu achten.



A photograph of a three-story classical building facade with a light green and white color scheme. The building has a central arched entrance and a grid of windows with decorative arches. The text is overlaid on the center of the image.

**Danke für die  
Aufmerksamkeit!**

**LRH, Promenade 31, 4020 Linz**